

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 10, Am Abblitzigen Platz 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle ober berein Raum 1 Mk.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Abbau der Löhne.

Eines der schwierigsten Probleme in dem großen Komplex von Fragen, die mit der Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens zusammenhängen, ist der Abbau der Löhne. Wenn sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellen, daß die hohen und immer noch steigenden Arbeiterlöhne die Aufnahme einer nützbringenden Produktion nicht gestatten, und daß deshalb die Herabsetzung der Löhne die dringendste Notwendigkeit sei, dann wird man ein solches Verlangen mit aller Entschiedenheit zurückweisen müssen. Auf der anderen Seite müssen sich aber auch die Arbeiter mit der Tatsache vertraut machen, daß die hohen Löhne, wie sie gegenwärtig in vielen Industrien und besonders in den Großstädten gezahlt werden, nicht unantastbar sind. In Wirklichkeit besagt auch die Höhe des Lohns für sich allein nichts, erst wenn man den Lohn mit den Preisen der Lebensbedürfnisse vergleicht, kann man die Lohnhöhe richtig würdigen. Der an sich wünschenswerte Abbau der Löhne kann nur in engster Verbindung mit dem Abbau der Warenpreise erfolgen in der Weise, daß zunächst die Kosten der Lebenshaltung erniedrigt werden.

Über hier beginnen erst die Schwierigkeiten. Die gestiegenen Löhne sind eine Folge der gestiegenen Preise für die Lebensbedürfnisse. Sie sind diesen nur langsam und unvollkommen gefolgt. Um dem Arbeiter auch nur die bestehende Lebenshaltung der Vorkriegszeit zu sichern, müßten die Löhne noch viel höher sein, als sie jetzt sind. Die Preissteigerungen sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Sie sind zunächst ein anderer Ausdruck für den gestiegenen Geldwert. In dem Maße, wie bei uns die Notenpresse arbeitet, das Land mit Papier überschwemmt wird, sinkt dessen Wert. Soweit deutsches Geld im Ausland überhaupt angenommen wird, wird es mit kaum der Hälfte des aufgedruckten Betrages bewertet. Das heißt, daß Waren, die aus dem Ausland bezogen werden, dort mit dem doppelten Preis bezahlt werden müssen. Das wirkt natürlich zurück auf die Preise der inländischen Erzeugnisse. Aber damit sind die Ursachen der Preissteigerung bei weitem nicht erschöpft. Bei ihnen spielen die Saboteur und der Wucher eine sehr große Rolle. Auf dem Markt wird der Preis einer Ware durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Je mehr die Warenvorräte im Inland zusammenschumpfen, desto höher liegen ihre Preise. Satten sie einen recht hohen Stand erreicht, dann schritten in der Kriegswirtschaft die Behörden mit der Beschlagnahme und der Festsetzung von Höchstpreisen ein. Das gab unlauteren Elementen die Möglichkeit, ihre Vorräte zu vertrieben und sie hinterher zu Phantastpreisen zu verkaufen. Durch die Beschlagnahme hatten ja die Preise einen Seltenheitswert erlangt.

Zu hoher Blüte ist so der Schleichhandel in Lebensmittel gelangt; nicht minder aber der Handel mit Kleidern, Wäsche, Schuhwaren, mit Seife und mit allen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Im illegitimen Handel laufen die Waren ein Mehrfaches des behördlich festgesetzten Höchstpreises, und diese Höchstpreise sind schon ungeheuer hoch. Die Behörden verfolgten die Politik der Anreizprämien, besonders gegenüber den landwirtschaftlichen Erzeugern. Die Preise wurden viel höher angesetzt, als sich aus den wirklichen Produktionskosten ergab. Die Aussicht auf größeren Gewinn sollte die Agrarier veranlassen, ihre Erzeugung zu steigern. Viele von ihnen haben es aber noch nicht geteuer gefunden, einen guten Teil ihrer Erzeugung hinterherum an den Mann zu bringen. Durch die Kriegswirtschaftsbehörden wurde auch der Zwischenhandel sehr reichlich bedacht. So betrug, um nur ein Beispiel zu nennen, vor dem Krieg der übliche Handelsgewinn bei Zucker 1 Prozent, dank der Fürsorge der Behörden wurde dem Handel ein Gewinn von 6 Prozent zugesichert. So liegen denn die Preise immer höher, und notwendigerweise müßten ihnen die Löhne folgen. Von betriebsamen Unternehmern wurde jede kleine Steigerung der Löhne als Anlaß benutzt, den Preis der Ware noch stärker zu erhöhen. Der Arbeiter blieb dabei immer im Nachteil.

Nach den bekannten Berechnungen von Calwer betrug der wöchentliche Lebensmittelaufwand für eine Familie im Reichsdurchschnitt im Juli 1914 25,12 Mk., bis November 1918 war gestiegen auf 62,49 Mk. Das ist eine sehr respektable Steigerung, aber sie verrät uns lange nicht die wirkliche Steigerung der Lebenshaltungskosten. Sie berücksichtigt nur die festgesetzten Höchstpreise für die rationierten Lebensmittel. Bekanntlich sind aber die Rationen so klein, daß man sich, um nicht zu verhungern, noch im Schleichhandel versorgen muß. Hier aber kosten Lebensmittel das Dreifache, Bier, fünf, ja das Zehnfache des Höchstpreises. Die erwähnte Statistik berücksichtigt nur die Nahrungsmittel. Zum Lebensunterhalt gehört aber noch manches andere, insbesondere Kleider, Wäsche, Schuhzeug, Waren, bei denen der Wucher geradezu Orgien gefeiert hat. Es ist kaum zu hoch gegriffen, wenn man als den jetzigen Preis im Durchschnitt das Zehnfache des Friedenspreises annimmt. Gewiß haben auch die gestiegenen Arbeiterlöhne zur Verteuerung des Produkts beigetragen, aber in sehr vielen Fällen entfällt auf die Lohnsteigerung nur ein geringer Bruchteil der eingetretenen Preissteigerung.

Alle Welt fühlt, daß die augenblicklichen Zustände im Wirtschaftsleben unhaltbar sind, nur ist es ungeheuer schwer, einen gangbaren Weg zu finden, der aus dem Elend herausführt. Die Arbeitslosigkeit ist riesengroß, und sie wächst noch unheimlich. Sie ist zum erheblichen Maße auf den Mangel an Rohmaterialien und an Kohlen zurückzuführen, der durch die Aufrechterhaltung der Blockade und die erzwungene Ablieferung von Eisenbahnmaterial an die Entente verursacht ist. Die herrschenden Samlerigkeiten werden noch bedeutend verschärft durch die Tatsache, daß es der Industrie im Auftrage fehlt. Es besteht eine begriffliche Scheu, bei den gegenwärtigen Materialpreisen und Arbeitelöhnen Bestellungen aufzugeben. Wer sich jetzt ein größeres Warenlager anlegt, muß damit rechnen, daß er diese Waren bei dem unaussprechlichen Preissturz nur mit Verlust wieder verkaufen kann. Wie man aus diesen Schwierigkeiten herauskommen soll, wie die Ueberleitung zu normalen Zuständen, die doch endlich wieder eintreten müssen, in Angriff zu nehmen ist, das ist die Frage, auf welche es schwer ist, eine befriedigende Antwort zu finden.

Um die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern, ist es notwendig, Arbeitskräfte dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden. Die Industrie wird in absehbarer Zeit die Arbeitermassen, die sie früher beschäftigt hat, nicht wieder aufnehmen können. Die Uerproduktion, Landwirtschaft, Bergbau usw., wird für die deutsche Volkswirtschaft eine größere Bedeutung erlangen als vor dem Krieg. Ihr fehlt es an Arbeitskräften, und man wird ihre solche zuführen müssen, so schwer es auch manchem Arbeiter fallen wird, aus der Großstadt und der gewohnten Beschäftigung zu scheiden. Aber das ist nur die eine Seite des vielgestaltigen Problems. Die Frage des Abbaus der Preise für die Lebensbedürfnisse, welche die Voraussetzung für den Abbau der Löhne sein muß, ist damit noch lange nicht gelöst.

Unsere Industrie kann nur wieder belebt werden, und sie hat nur dann Aussicht, wieder zur Blüte zu gelangen, wenn sie Waren erzeugen kann, mit denen es möglich ist, auf dem Weltmarkt zu konkurrieren. Das heißt, die Preise für die Rohstoffe und die Arbeiterlöhne müssen erniedrigt werden. Die Herabsetzung der Löhne ist aber nur möglich, wenn zuvor die Kosten der Lebenshaltung entsprechend erniedrigt sind. Das ist ein Zirkel, aus dem sich schwer ein Ausweg finden läßt. Anregungen sind von verschiedenen Stellen gemacht worden, aber nicht alle werden sich als durchführbar erweisen. So geht ein kürzlich in der „Arbeitgeber-Zeitung“ gemachter Vorschlag von der hohen Arbeitslosenunterstützung aus. Deren Sätze sollen auf etwa die Hälfte herabgesetzt und das dadurch ersparte Geld dazu verwendet werden, den Arbeitslosen wie überhaupt den Arbeitern, Angestellten, Beamten usw. mit niedrigem Einkommen billigere Lebensmittel zu verschaffen. Infolge der billigeren Lebensmittelpreise ermöglichen sich die Lohnansprüche der Arbeitslosen, und mit den Löhnen sinken automatisch die Preise für die erzeugten Produkte.

Bei der Verwirklichung eines solchen Planes würde man bald darauf stoßen, daß er das Uebel nicht an der Wurzel faßt. Er will eine Preisermäßigung zunächst bei den Industrieerzeugnissen eintreten lassen, den landwirtschaftlichen Erzeugern aber ihre hohen Gewinne ungeschmälert erhalten. Dabei kann die Frage, in welchem Umfang billiger Lebensmittel auf Kosten der Städte geliefert werden und um welchen Betrag sie verbilligt sind, unerörtert bleiben. Man muß sich nur vor Augen halten, daß die hohen Preise der rationierten Lebensmittel für das Arbeiterbudget viel weniger ins Gewicht fallen als die schabhaftesten Beträge, die für unentbehrliche Waren im Schleichhandel gezahlt werden müssen. Eine Ermäßigung der Preise für die rationierten Lebensmittel würde eine beträchtliche Kürzung der Löhne nicht rechtfertigen.

Nichtiger wird das Problem unseres Staehens von den Arbeitervertretern der Berliner A.-G.-Fabriken aufgefaßt. Diese fordern: „1. Eine gründliche Erfassung aller Landesprodukte. 2. Die sofortige Beschlagnahme des Fleisches, hauptsächlich der Fette auf dem Lande, die von Hauschlachtungen und Geheimchlachtungen herrühren. 3. Den sofortigen Abbau der unerhöht hohen Lebensmittelpreise.“ Der Gedanke ist gut, nur bleibt die Tatsache bestehen, daß es bisher trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Landesprodukte voll zu erfassen. Man dürfte sich also nicht darauf beschränken, diese Forderung zu erheben, sondern müßte auch einen Weg zu ihrer Durchführung zeigen. Das gilt erst recht für die dritte Forderung, die wir durchaus unterstützen, nur ist eben ihre praktische Verwirklichung das Problem, auf dessen Lösung es ankommt.

Beachtung verdient auch ein Gedanke, der in dem Organ des A.- und S.-Rats Braunschweigs, wenn auch in anderem Zusammenhang, erörtert wird. Er geht von der Notwendigkeit aus, die Abwanderung der Industriearbeiter zur Landwirtschaft zu fördern. Zu dem Zweck sollen zeitweilig die von den Arbeitslosenfürsorgeeinrichtungen gezahlten Unterstüßungen als Lohnzuschuß an diejenigen Arbeiter gezahlt werden, welche sich landwirtschaftlicher Arbeit widmen wollen. Außerdem sollen die Unterkünfte der ländlichen Arbeiter auf Staatskosten verbessert, vermehrt

Bildungs- und Unterhaltungsmöglichkeit auf dem Lande beschafft, die Arbeitszeit angemessen verkürzt und die Fürsorge für die Landarbeiter gefördert werden.

Von einer höheren Warte betrachtet das Problem Dr. Blum in der „Frankfurter Zeitung“. Er erblickt das Uebel darin, daß Arbeitslosigkeit und Materialmangel, Teuerung und Lohnsteigerung in ewigem Wechsel kreisen. Aus diesem Zirkel will er herauskommen durch Steigerung des Beschäftigungsgrades, die er wiederum durch Senkung der Produktionskosten erreichen will. In erster Linie hat er die heimischen Rohstoffe: Kohle, Erz, Ziegel und Holz im Auge, bei deren Erzeugung zurzeit die Löhne den wesentlichen Teil der Unkosten darstellen. Von diesen Löhnen soll das Reich einen Teil übernehmen, etwa in der Weise, daß es von dem Lohnanteil, der über den Tariflohn vom Jahre 1914 hinausgeht, einen bestimmten Prozentsatz dem Unternehmer vergütet. „Nicht alsdann die Produktion der Rohstoffe an, so können deren Verbraucherhöchstpreise herabgesetzt werden. Dies muß auch bei den Bedarfsmitteln, den Fertigfabrikaten und schließlich bei den Lebensmitteln eine allgemeine Produktionssteigerung und eine Preisentung — allein durch Sinken ihrer Materialkosten, nicht der Löhne — zur Folge haben. Erst dann kann an den Abbau der Löhne selbst herangegangen werden, der um unserer Exportfähigkeit willen unbedingt notwendig ist. Dieser Abbau muß ebenfalls möglichst tief unter im Wirtschaftsprozess beginnen, d. h. ebenfalls bei der Produktion der heimischen Rohstoffe. Hier kann alsdann zunächst gleichzeitig etwa mit der Vorbereitung der Sozialisierung der Bergwerke, Forsten usw., ein Prozentsatz des vom Reich übernommenen Lohnanteils unter Verteilung auf Unternehmer und Arbeiter in Wegfall kommen. Schrittweise mit dem weiteren Abbau der Höchstpreise muß dann auch der weitere Abbau der übrigen Löhne erfolgen.“

Ob dieser Weg oder ein anderer beschritten wird, mag dahingestellt bleiben. Es handelt sich um ein Problem, das trotz der großen Schwierigkeiten, die seiner Lösung entgegenstehen, energisch in Angriff genommen werden muß. Einer Lösung auf Kosten der Arbeiter werden wir den schärfsten Widerstand entgegenlegen. Unter allen Umständen muß der Grundgedanke gelten, daß erst ein Abbau der Lebenshaltungskosten durchgeführt werden muß, ehe an den Abbau der Löhne gegangen werden kann.

Lebensmittel für Deutschland.

Nach Beendigung des Krieges hat die Entente die gegen Deutschland gerichtete Hungerblockade noch mehr als vier Monate lang nicht nur aufrechterhalten, sondern sogar noch verschärft. Insbesondere wurde uns die Möglichkeit, in der Ostsee Fischfang zu treiben, seit dem Abschluß des Waffenstillstandes genommen. Jetzt endlich soll der Strid, den man uns um den Hals gelegt hat, ein wenig gelockert werden. Am 13. März wurde den deutschen Delegierten in Brüssel eröffnet, in welchem Maße man uns gestatten will, die Hungersnot zu mildern. Von Verhandlungen kann nämlich kaum gesprochen werden. Die Entente diktiert und Deutschland muß sich in seiner Ohnmacht fügen. Das gilt in allen Fragen, die seit Beendigung des Krieges zu behandeln waren, und auch für das Abkommen bezüglich der Lebensmittelzufuhr.

Die in Deutschland vorhandenen Vorräte reichen zur Deckung des Bedarfs bis zur nächsten Ernte nicht aus; wenn man eine Katastrophe verhüten will, dann muß uns vorher Hilfe gebracht werden. Das soll nun geschehen, aber in recht unzulänglichem Maße und zu außerordentlich schweren Bedingungen. Voraussetzung für das Abkommen ist die Auslieferung der deutschen Handelsflotte, die zur Versorgung von ganz Europa mit Lebensmitteln verwendet werden soll. Die deutschen Schiffe sollen fremdländische Besatzung erhalten und eine Gewähr dafür, daß das deutsche Eigentumsrecht an den Schiffen erhalten bleibt, ist nicht gegeben. Als Gegenleistung soll Deutschland aus dem in Europa verfügbaren Lebensmitteln 270 000 Tonnen erhalten. Außerdem ist es Deutschland gestattet, monatlich bis zum 1. September 300 000 Tonnen Getreide und 70 000 Tonnen Fett zu kaufen. Der Fischfang in der Ostsee ist jetzt wieder freigegeben, auch ist uns die Einfuhr von Gemüsen und Fisch aus dem Ausland in beliebiger Menge gestattet. Wenn es uns möglich ist, von der Einfuhrerlaubnis den ausgiebigsten Gebrauch zu machen, dann kommen von der eingeführten Menge auf den Kopf der Bevölkerung im Monat etwa 10 Pfund Brotgetreide und ein Pfund Fett. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß unsere Ernährung um diesen Betrag ausbessert wird; die vorhandenen Mengen reichen ja nicht aus, der Zuschuß muß also in erster Linie dazu verwendet werden, die bisherigen Rationen sicherzustellen. Ob er darüber hinaus eine Erhöhung der Rationen ermöglichen wird, steht noch nicht fest. Die Freude darüber, daß nun die Zeit des Hungers beendet ist, wäre also verfrüht. Man wird überhaupt nur tun, sich nicht über schwänglichen Erwartungen hinzugeben, denn noch ist es keineswegs gewiß, daß wir imstande sein werden, die Erlöse aus der Einfuhr von Lebensmitteln voll auszunutzen.

Gelohnt erhalten wir nichts, wir müssen die Lebensmittel bezahlen, und zwar sehr teuer bezahlen, aber

nicht etwa mit deutschem Papiergeld. Das hat im Ausland keinen Kurs. Auch über den Goldschah der Reichsbank darf beim Einkauf der Lebensmittel nur in sehr beschränktem Umfang verfügt werden. Das Gold wird uns die Entente später noch abnehmen, wenn sie uns in irgendeiner Form die Kriegskostenrechnung präsentiert. Die zur Einfuhr freigegebenen Lebensmittel müssen in der Hauptsache mit Waren bezahlt werden. Der Wert der in Betracht kommenden Lebensmittelmenge wird von Sachverständigen unter Berücksichtigung des heutigen Geldwertes auf etwa 4 bis 5 Milliarden Mark geschätzt, und davon sollen etwa 2 Milliarden durch Ausfuhr von Waren aufgebracht werden. Ob uns das gelingen wird, muß recht stark bezweifelt werden. Damit fällt aber die Hoffnung auf eine ausreichende Belieferung trotz der Aufhebung der Blockade.

Dabei ist uns die Art der auszuführenden Waren durchaus nicht freigestellt. Die Wiederaufnahme der abgebrochenen Handelsbeziehungen soll uns ja zugunsten der Konkurrenz aus den Ententeländern möglichst erschwert werden. Vorläufig ist die Ausfuhrerlaubnis nur für wenige Warengruppen, hauptsächlich für Holz, Kali, Farbstoffe und vor allem für Rohle gegeben.

Das bedeutet einen starken Anreiz für die Produktion der Kohlenbergwerke. Aber hier stellen sich sofort neue Hindernisse ein. Nicht nur die fortwährenden Streiks, durch welche die Erzeugung schon stark herabgemindert wurde, weit schlimmer noch wirkt der Mangel an Transportmitteln. Die Entente hat durch die Fortnahme einer großen Menge von Lokomotiven und Eisenbahnwagen eine sehr empfindliche Verkehrsnot erzeugt. Trotz der Verminderung der Förderung können die Kohlen nicht in dem erforderlichen Umfang von den Erzeugungsorten abgerollt werden. Es wird also sehr schwer werden, Kohlen in das Ausland zu liefern. Aber auch die deutsche Industrie leidet infolge der Verkehrsnot schwer unter dem Kohlenmangel. Wie sollen da Industrieerzeugnisse für die Ausfuhr in genügender Menge hergestellt werden, wenn die Produktion infolge des Kohlenmangels stockt. Es fehlt aber nicht nur an Kohlen, es fehlt auch an Rohstoffen aller Art. Eine Verpflichtung, solche zu liefern, hat die Entente nicht übernommen, trotz des brennend werdenden Notstandes. So droht z. B. die westdeutsche Großeisenindustrie zum Stillstand zu kommen, weil die Zufuhr gewisser Eisenerze aus Lothringen unterbunden ist.

Unter solchen Umständen muß die Hoffnung, die freigegebenen Lebensmittel im vollen Umfang zu erlangen, stark herabgestimmt werden. Vorläufig besteht kein Grund zu übertriebenen Freudeausführungen. Wir sind über die Lebensmittelversorgung noch lange nicht hinaus. Selbstverständlich liegt es in unserem eigenen Interesse, das möglichste zur Erfüllung der harten Bedingungen zu tun. Wir werden intensiv arbeiten müssen, um Waren zu erzeugen, die als Zahlungsmittel für die unumgänglich notwendigen Lebensmittel in Betracht kommen. Die von der Entente gestellte Bedingung, daß durch eigene Schuld Arbeitslose von der Zuteilung der eingeführten Lebensmittel ausgeschlossen sein sollen, wäre um deswillen kaum nötig gewesen, da die Bestimmungen über die Arbeitslosenfürsorge eine solche Kontrolle in genügender Schärfe bereits vorsehen. Wichtiger wird aber eine Kontrolle nach der Richtung sein, daß die eingeführten Lebensmittel auch gerecht verteilt werden.

Bisher ist es leider auch der neuen Regierung nicht gelungen, den Schleichhandel und den Lebensmittelwucher zu unterbinden. Während die breite Masse den Qualen des Hungers erliegt, können die Besitzenden ein Wohlleben führen. Auf dem Lande sind die Vorratskammern noch gut besetzt und immer noch gehen große Mengen rationierter Lebensmittel für Phantasiereise an solche Verbraucher, denen es auf einige blaue oder braune Zappen nicht ankommt. Schleichhandel und Lebensmittelwucher scheinen in der Zeit der Hungersnot unanrottbar zu sein. Um so dringender ist die der Regierung obliegende Pflicht, mit unerbittlicher Strenge darüber zu wachen, daß mit den eingeführten Lebensmitteln keine Schieberungen unternommen werden. Bisher hat die Klausel über die Ausschließung der schuldhaft Arbeitslosen die Möglichkeit, die Kreise von der Verteilung auszuschließen, die trotz gewohnheitsmäßiger Nichtstuns über gefüllte Speisekammern verfügen.

Soziales.

Die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge.

Durch eine im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung vom 14. März hat die bereits am 16. Januar abgeänderte Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918 eine weitere Änderung erfahren. Die wichtigste dieser neuen Bestimmungen betrifft die Beihilfe zum Umzug bei der Arbeitsaufnahme in einem anderen Ort. Hierzu wurde dem Erwerbslosen bisher freie Fahrt gewährt. Nunmehr hat die Gemeinde des letzten Wohnortes auch eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten zu bewilligen. Wenn die Familienangehörigen des Erwerbslosen mitreisen oder diesen nachfolgen, dann ist auch diesen freie Fahrt nebst angemessener Beihilfe zu den Reisekosten zu bewilligen. Auch kann die Gemeinde des letzten Wohnortes eine Beihilfe zu den Unkosten der Beförderung des Umzugsgutes gewähren.

Für den Bezug der Erwerbslosenunterstützung dürfte seit her schon für Kriegsteilnehmer eine Barzeit nicht festgelegt werden. Die gleiche Vergünstigung ist jetzt auch den teilweise Erwerbslosen eingeräumt. Weiter ist den Gemeinden mit besonders hohen Lebenshaltungskosten gestattet, mit Zustimmung der Landeszentralbehörden die Unterstützungssätze zu erhöhen. Sie dürfen jedoch nicht über das Gemeindebudget hinausgehen und die Höhe der Rate A nicht übersteigen. Eine Verschlechterung erhält die neue Bestimmung über die Anrechnung sonstiger Bezüge der Erwerbslosen. Bisher durfte eine Anrechnung nur insofern erfolgen, als die Erwerbslosenunterstützung sich auf die Höhe der Bezüge zu erhöhen vermögten. Nunmehr gilt der dreifache Ortslohn als Höchstgrenze. Kauterbar waren bisher schon die Renten-

bezüge der Erwerbslosen. Neu ist die Vorschrift, daß die Renten der Kriegsbekindigten nur zu zwei Dritteln in Anrechnung zu bringen sind. Erwähnt sei schließlich noch die Aenderung, daß auch Teilbeträge der festgesetzten Unterstützungssätze gewährt werden können, wenn dadurch eine bedürftige Lage behoben werden kann. Unterstützungsberechtigt ist auch, wer wegen einer 60% Prozent übersteigenden Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit Rente bezieht, sofern er nicht trotzdem auf Grund wirklicher Arbeitsleistung zwei Drittel des Ortslohns verdient hat.

Internationale Sozialistenkonferenz und sozialistische Einigung.

Zu unserm Aufsatz über „Die Wiedergeburt der Arbeiterinternationale“ in Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“:

„Die Holzarbeiter-Zeitung ist über das Ergebnis der Sozialistenkonferenz in Bern sehr erfreut und will aus dem Umstand, daß die deutsche Mehrheitsdelegation in Bern mit den Vertretern der französischen Partei „korrekte Beziehungen“ angeknüpft hätte, die Möglichkeit einer Einigung der sozialistischen Parteien Deutschlands herleiten. Wir halten die gegenwärtige Zeit nicht gerade als geeignet für die Diskussion der Einigung in Deutschland, denn gerade jetzt sind die politischen Gegensätze im deutschen Sozialismus größer als je zuvor. Aber davon abgesehen, die Motivierung dieser Forderung durch die „Holzarbeiter-Zeitung“ trifft völlig daneben. Von irgendwelchen korrekten Beziehungen zwischen der deutschen Mehrheit und den französischen Parteivertretern haben wir in Bern nichts bemerkt — wenn Renaudel sprach, verließen gelegentlich die deutschen Mehrheitsvertreter den Saal. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ scheint die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen auf der internationalen Gewerkschaftskonferenz mit denen der Vertreter der Parteien zu verwechseln. Zwischen den Gewerkschaftsvertretern wurden allerdings nicht nur korrekte, sondern kameradschaftliche Beziehungen wieder angeknüpft, aber die französischen Gewerkschaften lehnten grundsätzlich die Teilnahme an der Sozialistenkonferenz ab, so daß hier die zwischen den beiden Parteien vorherrschende Zwietracht in keiner Weise gemildert wurde. — Wir halten es doch für sehr notwendig, daß den deutschen Arbeitern keine falschen Auffassungen über das Verhältnis zu den Sozialisten des Auslands beigebracht werden.“

Diese Notiz stammt offenbar von einem Teilnehmer der Berner Konferenz, und wenn ihr Verfasser auf Grund seiner persönlichen Beobachtung zu der Überzeugung kommt, daß das Ergebnis der Berner Sozialistenkonferenz nicht einmal gestattet, von korrekten Beziehungen zu sprechen, die zwischen den sozialistischen Parteien in Deutschland und Frankreich angeknüpft wurden, so verdient diese Tatsache Beachtung, so wenig erfreulich sie auch ist. Aber dessen ungeachtet, halten wir die Propaganda einer Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien in Deutschland niemals für überflüssig. Gemiß hat sich die Luft zwischen den beiden Parteien in der jüngsten Zeit vertieft, und der gegenseitige Kampf wird mit steigender Schärfe geführt. Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Wiedervereinigung über kurz oder lang kommen wird. Die Parteienspaltung hat der Arbeiterklasse schweren Schaden zugefügt, und noch weit größere Nachteile stehen bevor, wenn dem Bruderkrieg kein Ende gemacht wird. Durch die trübe Gegenwart wollen wir uns aber die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht rauben lassen. Wir vermögen nicht zu glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft sehenden Auges ins Verderben rennt.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Dirschau, Heiligenbeil und Stabigotten (Gau Danzig), Massow (Gau Stettin), Genthin und Hasselfelde (Gau Magdeburg), Exten (Gau Hannover), Bielefeld (Gau Düsseldorf), Eickheim und Lindenberg (Gau Allgäu) (Gau München) und Crailsheim (Gau Stuttgart) wurden neue Zahlstellen gegründet.

Die während des Krieges eingegangenen Zahlstellen Gaildorf, Weitersheim, Deggendorf und Steinheim i. Weßl. sind wiedereröffnet.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnnummer ist der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Die Monatskarte über die Arbeitslosigkeit im Monat März ist spätestens bis zum 2. April an uns einzuliefern. Zahlstellen, die über keine Arbeitslosigkeit zu berichten haben, senden die Monatskarte nur mit Angabe der Mitgliederzahl am Monatsausfluß ein. Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Vorstandsvorstand.

Zentralkommission der Modelistischer.

Während des Krieges sind die Berichte trotz Rundschreiben und öffentlicher Aufforderung recht spärlich und mangelhaft eingegangen; dem entspricht auch dann das Versagen der Berichtserstattung der Kommission. Unseres Erachtens dürften nun in den einzelnen Orten alle Hemmnisse, die das Sektionsleben brocklegten, endlich überwunden sein, und neues, impulsives Leben muß sich bemerkbar machen. So richten wir an alle Kollegen das Ersuchen, uns die Berichte über das in den Jahren des Weltkrieges an den einzelnen Orten in den Modelistischeren Wahrgenommene zuzusenden. Auch bei uns haben sich endlich die Berufscollegen im Verband zusammengefunden. So sehen wir überall neues Leben blühen. Nun heißt es, aufs neue Hand ans

Werk, und den Anfang müssen uns die Berichte über die derzeitige Lebenslage unserer Berufscollegen geben.

Zuschriften sind wie bisher an den Unterzeichneten zu richten.

Die Zentralkommission der Modelistischer.
J. A. Franz Specht,
Magdeburg S. II, Bernigeroder Straße 55.

Korrespondenzen.

Wien. Dank dem Zusammenhalt unserer Kollegen, haben sich nun auch die Besizer der Werkst. von Blace u. Schilgen entschlossen, den Stundenlohn von 1,20 Mk. zu zahlen. Auch an dieser Stelle sei unseres alten Kollegen Christoph Zahn gedacht, der zwei Jahrzehnte unsere Zahlstelle geführt hat. Infolge Krankheit und Alter, er ist jetzt 66 Jahre alt, ist er von seinem Posten zurückgetreten. Bei dieser Gelegenheit haben ihn die Kollegen in entsprechender Weise geehrt. Kollege Zahn möge den jüngeren Kollegen als Vorbild dienen.

Berlin. (Maschinenarbeiter.) In einer am 25. Februar abgehaltenen gutbesuchten Brancherversammlung fand nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag von Kowalski über „Räteystem oder Nationalversammlung“ eine sehr angeregte Aussprache statt. Die Diskussion über den besten Weg ausnahmslos auf den Boden des Vortrages. Die Politik der Generalkommission, in der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum die Arbeiterinteressen nicht im Sinne der Kollegen vertreten zu haben, fand damit eine indirekte allerhöchste Kritik. In einer einstimmig angenommenen Resolution gelobten die Kollegen, im Sinne der Ausführungen des Genossen Kowalski innerhalb der Betriebe mit allen Mitteln zu agitieren, da sie in dem System der Arbeiterräte das einzige Heil der Arbeiterschaft erblickten. Hierauf erstattete Kollege Hiesemann Bericht über eine Konferenz mit dem Vorstand der Holzberufsgenossenschaft. Die Tätigkeit der Aufsichtsberechtigten in den letzten Kriegsjahren aus Mangel an geeigneten Kräften erheblich nachgelassen. Ihre Wirksamkeit mußte besonders auch deshalb gleich Null werden, weil die wichtigsten Schlußbestimmungen von der Regierung für die Kriegszeit aufgehoben waren. Die Versammlung beschloß, den Vorstand zu beauftragen, zwecks Einstellung von Betriebskontrolleuren aus den Kreisen der Maschinenarbeiter mit dem Kartell der Berufsgenossenschaften in Verbindung zu treten.

Braunschweig. (Korkarbeiter.) In der am 5. März abgehaltenen Sektionsversammlung wurde bedauert, daß die Zentralkommission der Korkarbeiter noch keine Schritte unternommen hat, um die Verbindungen mit den einzelnen Sektionen wiederherzustellen. Gerade jetzt wäre eine kräftige Agitation notwendig, um auch die Arbeiter der Korkindustrie der Organisation zuzuführen, damit auch hier einmal würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden.

Dresden. (Vergolder und Rahmenmacher.) Seit Jahresbeginn hält die Sektion wieder regelmäßig Versammlungen ab, und es macht sich ein reges Leben bemerklich. Der Gedanke einer Branchenkonzferenz ist neuerdings wieder angeregt worden. Auf Grund eingereicherter Forderungen haben am 11. März Verhandlungen mit der Vergoldermeister-Vereinigung stattgefunden. Vereinhart wurde eine Erhöhung des Lohns für Vergolder von 1,10 Mk. auf 1,42 Mk., ab 15. April auf 1,52 Mk. Die Rahmenistischer erhalten 1,60 bis 1,75 Mk. pro Stunde bei 46 bis 48 Stunden Arbeitszeit. Bei den Verhandlungen mußte sich die Kommissionsleitung sagen lassen, daß die schlechten Löhne von den Kollegen selbst verschuldet seien, weil sie solange geschlafen haben. Dieser Vorwurf darf uns nicht weiter treffen, wir müssen uns ausgehört durch die Tat beweisen, daß wir das Ertrugene hochhalten und für eine Besserung unserer Lage eintreten.

Eisenach. (Stellmacher.) Nach einer Pause von 3 1/2 Jahren wurde die hiesige Stellmachersektion wieder ins Leben gerufen. Der Karosseriebau lebt wieder auf, und um einen gegenseitigen Austausch über die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß alle Sektionen ihre Adressen der Zentralkommission mitteilen. Hat man es doch hier bereits fertiggebracht, die Stellmacher in eine zweite Lohnklasse abzurufen, wodurch ihr durchschnittlicher Lohn um 20 Pf. pro Stunde niedriger ist als der der Schmiede, Schlosser, Dreher usw.

Casitzchen. Infolge Einführung des Achtstundentages und der durch den Lohnanstieg hervorgerufenen Differenzen wurde der Blick der hiesigen Kollegen auf die Organisation gelenkt. Dank der rührigen Tätigkeit einiger alter Kollegen wurden sie auch für den Verband gewonnen, so daß wir jetzt schon höher stehen als je vor dem Krieg. Wenn aber die hiesigen Kollegen glauben, jetzt genug geleistet zu haben, so ist das ein Irrtum. Noch sind nicht alle organisiert, und die Lage ist momentan so, daß wir in nächster Zeit sehr gut eine stramme Organisation gebrauchen können. Alle Kräfte anspannen, so daß auch wir im besetzten Gebiet wenigstens etwas von der Revolution haben.

Leipzig. Im Hinblick auf den Versammlungsbericht aus Leipzig in Nr. 10 der „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt uns der Bevollmächtigte der Zahlstelle, Kollege Gercke: „Zu dem Bericht habe ich zu erklären, daß, soweit meine Ausführungen in Betracht kommen, diese von dem aus der Mitte der Versammlung gewählten Schriftführer, Kollegen Januschek, in völlig verstümmelter und tendenziöser Weise wiedergegeben sind. Trotzdem ich ihm bei Durchsicht des Berichts auf diese Tatsache aufmerksam machte, ließ es seine „Objektivität“ nicht zu sich zu der erwarteten Sachlichkeit durchzuringen. Dabei ist zu beachten, daß sowohl ich als auch Kollege Winkler je eine Stunde gesprochen haben.“ Kollege Gercke gibt im Anschluß hieran den Inhalt der von ihm gemachten Ausführungen wieder. Wir verzichteten aus Raum-mangel auf den Abdruck. Die hervorragende Tätigkeit des Kollegen Gercke im Dienst der Organisation und im Interesse der Mitglieder wird übrigens auch von den Leipziger Kollegen nicht in Abrede gestellt; sie machen ihm nur zum Vorwurf, daß er nicht die jetzt in Leipzig verlangte vorchriftsmäßige politische Uebersetzung hat. Darüber ist aber zurzeit eine sachliche Diskussion nicht möglich.

Gegen den gleichen Versammlungsbericht erhebt auch der Kollege Emil Winkler Einspruch. Er schreibt: „Es sind mir Ausführungen in den Mund gelegt, die ich weder im Wortlaut noch dem Sinne nach gemacht habe. Wohl habe ich in bezug auf die Ausführungen in der „Metallarbeiter Zeitung“...“

Leipzig. (Bürstenmacher.) Durch fleißige Agitation ist es uns gelungen, fast sämtliche Kollegen und Kolleginnen dem Verband zuzuführen. Dadurch war es möglich, eine Steigerung der Löhne zu erzielen. Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern am 24. Februar wurde vereinbart, daß auf den bestehenden Alfordtarif ein Zuschlag von 40 Prozent kommt.

Raumburg a. d. Saale. (Ramm- und Saarschmiedearbeiter.) Durch Ausnutzung der Stimmung und der durch die Revolution geschaffenen Lage ist es uns gelungen, die Kollegen und Kolleginnen der Branche für die Organisation zu gewinnen. Von den Beschäftigten sind 80 bis 85 Prozent organisiert, während wir es vor dem Krieg nicht über 20 bis 25 Prozent der Beschäftigten bringen konnten.

Münden. (Bürsten- und Pinselmacher.) In der am 10. März abgehaltenen Generalversammlung referierte Kollege Kern über unsere Aufgaben in der neuen Zeit. Als die wichtigsten Forderungen, die wir propagieren müssen, bezeichnete er die Abschaffung der Alfordarbeit, die Gleichstellung der Löhne für männliche und weibliche Arbeiter und die Einführung eines tätigen Urlaubs.

Wilmanns. In einer am 10. März abgehaltenen Versammlung haben die Kollegen zur Lohnfrage Stellung genommen. Es mußte festgestellt werden, daß der tarifmäßige Lohn nicht gezahlt wird. Verschiedene Unternehmer haben sogar gedroht, ihre Betriebe schließen zu wollen, ehe sie den Tariflohn zahlen.

Schönheide. (Bürstenmacher.) In einer von der Lokalverwaltung ausgenommenen Statistik über die Lohn-

verhältnisse, bei welcher eine Woche im Februar zugrunde gelegt wurde, beteiligten sich 1131 Arbeiter und Arbeiterinnen des Industriebezirks. Als Durchschnittsverdienst ergab sich für männliche Arbeiter 83,02 M., für Arbeiterinnen 21,10 M., pro Woche. Bei den männlichen Arbeitern sind 236 in diese Klasse. 58 Arbeiter verdienen unter 20 M., über 50 M. kommen nur 21, darunter nur 8 über 80 M.

Tischler. (Korbmacher.) Im Dezember v. J. ist es uns endlich gelungen, auch hier eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Nur wenige Holzarbeiter stehen noch draußen, und die hoffen wir auch noch zu gewinnen. Es war auch hohe Zeit, daß die Kollegen sich zusammenschlossen. Die Gefahr lag nahe, daß bei der Friedensarbeit ähnliche Zustände entstehen wie bei den Geschloßhöfen, wo wir im ganzen Deutschen Reich die niedrigsten Löhne erhielten und sich kein Mensch an den Tarifvertrag lehnte.

Weiskopf. Die verschiedenen Artikel in der „Holzarbeiter-Zeitung“, in denen Angriffe gegen den Verbandsvorstand seitens verschiedener Kollegen erhoben werden, nötigen uns, dagegen Einspruch zu erheben. Wohl alle im Felde gewesenen Kollegen wissen nach glücklicher Heimkehr den Wert der Arbeit der zurückgebliebenen Kollegen zu schätzen, insonderheit die Regelung der Unterstützungen und die sehr erfreulichen Lohnerhöhungen in allen Berufen.

Unsere Lohnbewegung.

In Weiskopf-Oberdorf haben unsere Kollegen in der Stuhlfabrik durch einen dreitägigen Streik einen vollen Erfolg erzielt. Am 15. März wurde ein Tarifvertrag wie im Veistter- und Süntelgebirge abgeschlossen.

In Nürnberg befinden sich die Korbmacher in einer Lohnbewegung. In Verhandlungen mit den Unternehmern reduzierten unsere Kollegen ihre Forderungen auf 1,85 M. Stundenlohn bei 48stündiger Arbeitszeit, und sie stimmten auch dem Verlangen der Arbeitgeber zu, daß die Alfordfrage frei vereinbart werden. Trotzdem hat nur die größte Firma diese Lohnsätze gezahlt, aber die Innung weigert sich, die Vereinbarung zu unterzeichnen.

In Sternberg i. Meckl. hatten unsere Kollegen in den Sägereien und in der Fassfabrik Forderungen eingereicht. Nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten kam es

zu Verhandlungen, die damit endeten, daß für alle Kollegen und Kolleginnen eine Lohnerhöhung von 20 Pf. pro Stunde bewilligt wurde, desgleichen eine Erhöhung der Alfordpreise um rund 25 Prozent. Die Löhne wurden festgesetzt für alle Arbeiter über 18 Jahre auf 96 Pf. pro Stunde, für die Arbeiter von 16 bis 18 Jahren auf 80 Pf. und für die Arbeiterinnen auf 85 Pf. pro Stunde. Wir können mit dem Resultat dieser Verhandlungen zufrieden sein. Wenn auch nicht alles durchgesetzt ist, was gefordert wurde, so ist es immerhin für unsere junge Zahlstelle ein guter Anfang.

Aus der Holzindustrie.

Die Arbeitsgemeinschaft im Holzgewerbe.

Der Plan der Gründung einer Arbeitskammer des deutschen Holzgewerbes geht nur recht langsam seiner Vollendung entgegen. Am 14. März fand wieder eine vom Tarifamt für das deutsche Holzgewerbe einberufene Konferenz statt, die in der Handelkammer zu Berlin tagte. Nach den vorausgegangenen Beratungen durfte man hoffen, daß nunmehr über den vorliegenden Satzungsentwurf endgültig entschieden und die Arbeitsgemeinschaft formell ins Leben gerufen würde.

Leider hat die Konferenz am 14. März stark unter der Ungunst der politischen Verhältnisse gelitten. Die empfindlichen Verkehrsstörungen verminderten es, daß die Konferenz so schwach besucht war, daß aus diesem Grunde von einer endgültigen Beschlußfassung abgesehen werden mußte. Ohne auf die Einzelheiten der Satzungen einzugehen, beschloß die Versammlung, diese Satzungen vorläufig als Geschäftsordnung anzuerkennen. Sie werden in diesem Sinne den Behörden zur Kenntnis gebracht. Dabei werden die Zentralbehörden ersucht werden, die ihnen untergebenen Stellen anzuweisen, die Organe der Arbeitsgemeinschaft in allen das Holzgewerbe betreffenden Angelegenheiten als die berufene Vertretung des Gewerbes anzuerkennen. Auch kann nunmehr mit der Bildung der Bezirks- und örtlichen Organe der Arbeitsgemeinschaft begonnen werden, damit die praktische Arbeit in Fluß gebracht wird.

Wenn es auch langsam geht, so darf man doch hoffen, daß die Arbeitskammer oder die Arbeitsgemeinschaft für das Holzgewerbe über den Namen der Körperschaft ist noch kein Beschluß gefaßt in absehbarer Zeit zustande kommt. Zu wünschen wäre es, denn eine gut funktionierende Arbeitsgemeinschaft kann für die Wiederbelebung des Holzgewerbes recht viel nützliche Arbeit leisten.

Gesundheitsgefährliche Polltur.

Zu diesem in Nr. 9 der „Holzarbeiter-Zeitung“ angeführten Thema wird aus Bielefeld von Kollegen der Firma Dürkopp geschrieben, daß man dort ähnliche Erfahrungen gemacht habe wie in Bürgel, aber schon in der Zeit, als noch Schellackpolltur verwendet wurde. Die Krankheitserscheinungen zeigten sich seit der Zeit, wo der Spiritus nicht mehr mit Terpentin oder Holzgeist denaturiert wurde. Ob der Spiritus selbst die üblen Eigenschaften hat, oder ob es an den Stoffen liegt, mit denen er denaturiert wird, kann von den Kollegen nicht beurteilt werden.

Aus Bremen wird mitgeteilt, daß vier Kollegen unter ähnlichen Krankheitserscheinungen, wie sie aus Bürgel berichtet wurden, im Krankenhaus schwer daniederliegen. Von dem behandelnden Arzt seien bereits Schritte unternommen worden, um die Krankheitsursache aufzuklären.

Eine Statistik über die Unfallgefahren.

und die Zustände in den Maschinenfabriken im Bereich der Schwabmühlentals Holzberufsgenossenschaft wird von der Maschinenarbeiter-Section Stuttgart aufgenommen. Es wird gebeten, die versandten Fragebogen bis zum 15. April an den Kollegen Jos. Spiegel, Stuttgart, Hadstraße 18, III, zurückzusenden.

Bericht und Abrechnung der Geworstände für das dritte Vierteljahr 1918.

Table with multiple columns: Vorort, Einnahme (beiträge, sonstige, gesamt), Ausgabe (Stätten, Druck, Porto, Kopiermaterial, Post, Büreau, Telefon, Gehalt, sonstige, sonstige), Bilanz, Zahl der Mitglieder (am Anfang, am Ende), etc.

